

# Anträge der **Löhner-Bürger-Allianz** zum Haushalt 2011

Die **LBA** beantragt: Der Rat der Stadt Löhne möge beschließen:

1. Die bisherige Politik zur Ansiedlung von Gewerbebetrieben, die überkommene Art und Weise der Gewerbeförderung ist **vollständig gescheitert**. Statt der gewünschten Gewerbeansiedlungen hat in den letzten Monaten die **Abwanderungswelle** von Löhner Gewerbebetrieben immer mehr an Fahrt aufgenommen. Nachbarkommunen (siehe interkommunales Gewerbegebiet Oberbehme der Gemeinden Hiddenhausen und Kirchlengern, aber auch die Städte Melle und Gütersloh) üben eine erhebliche Sogkraft aus und ziehen in erheblichem Maße auch alteingesessene Betriebe aus Löhne ab. Die von der Ampelkoalition durchgesetzte **Gewerbesteuererhöhung** hat die **Attraktivität der Stadt Löhne als Gewerbestandort zusätzlich beschädigt**. -  
Hoffnungsvoll angekündigte Versuche, neue Gewerbebetriebe **anzusiedeln** (siehe Gewerbegebiet auf dem Wittel) **scheiterten kläglich**. Deshalb wird beantragt:  
Ein **wissenschaftlich fundiertes Gewerbeansiedlungskonzept** ist mit professioneller Unterstützung zu erstellen. Dies hat der vorhandenen Monostruktur, den Stärken und Schwächen der Stadt, ihren infrastrukturellen Möglichkeiten aber auch dem demographischen Wandel Rechnung zu tragen. Ziel ist eine **offensive Strategie der Gewerbeansiedlung**, die sich unter Berücksichtigung der Innenstadt auf den Dienstleistungsbereich und die neuen Medien bezieht. Dabei ist eine **Vernetzung** mit den heimischen **Wissenschaftsstandorten** (u.a. Fachhochschulen) vorzunehmen.
2. Die **Maßnahmen der Gewerbeförderung** müssen gegenüber allen anderen Investitionen **Vorrang** erhalten. Das gilt gerade auch für die **Sanierung der maroden städtischen Straßen**. Deshalb muss die Wiederherstellung intakter **Straßen Priorität vor dem Millionenausbau des Rathauses** erhalten. Die vom Bauausschuss (Vorlage 8.9.2010, S.3) ermittelte Summe von 1,5 Mio. Euro zur Straßensanierung ist deshalb in den Haushalt einzustellen und **vorrangig** zu investieren.
3. ALTERNATIVE ZU 2.: Das deutschlandweit vorbildliche und mit dem renommierten Innovationspreis ausgezeichnete **„Lipper-Modell“** (siehe Verwaltungskongress >Effizienter Staat<), das sowohl zu einer **Einsparung der Straßenbaukosten** als auch zur Hebung der **Straßen-Qualität** führt, wird - nach einem entsprechenden Bieterverfahren - für die Stadt Löhne übernommen.
4. Der immer wieder ins Feld geführte **„hohe Löhner Standard“** darf nicht länger eine Ausrede sein, um finanzpolitische **Grundsätze von Sparsamkeit und Effektivität zu missachten**. Deshalb wird beantragt:  
Die sechsstelligen Summen, mit denen die **Auslands-Camps von einzelnen sozialauffälligen Jugendlichen** finanziert werden sollen, sind zu streichen.
5. Unter den Konditionen des Nothaushaltes müssen alle verzichtbaren freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand. Deshalb wird beantragt:  
Die **umstrittene Subventionierung von Condega-Projekten wird beendet**. Es werden keine Transfer-Zahlungen von städtischen Haushaltsgeldern mehr in Richtung Mittelamerika geleistet.
6. **Rathaussanierung**. Die Sanierung des Rathauses wird in **mehrere Bauabschnitte** aufgeteilt und im Laufe der nächsten drei Jahre verwirklicht. Da die Sanierungsmaßnahmen nicht sämtlich zeitgleich durchgeführt werden

müssen, kann eine kostenwirksame **Auslagerung der Diensträume entfallen**.

Für prestigeträchtige Ausbau- und Gestaltungsziele ist kein Geld vorhanden.

**Kostengünstige Varianten** (siehe Fw. Obernbeck) sind zu bevorzugen.

Die **Finanzierung** der Sanierung erfolgt - ohne dass es zu einem weiteren Ansteigen der städtischen Verschuldung kommt - mit den realisierten **Erlösen aus dem Verkauf städtischer Immobilien** (bebauter und unbebauter Flächen bzw. Gebäuden). Auch die städtischen **Anteile an der Bau- & Siedlungsgenossenschaft** sind unter dieser Perspektive zu veräußern. Auf die von CDU + Grünen **gewünschte Aufstockung** des Hauses, die noch eine zusätzliche Million kosten würde, wird **verzichtet**.

7. **Abbau des personellen Wasserkopfes im Rathaus**. Die Verwaltung hat auf der Basis des **GPA-Gutachtens** und vor dem Hintergrund der **abnehmenden Bevölkerungszahl, der abschmelzenden Gewerbesteuer und der explodierenden Schuldenlast** eine auf **die nächsten zehn Jahre gerichtete Personalplanung für Stadtverwaltung und WBL** vorzulegen, die den personellen Überhang zurückfährt.
8. Die Stadt **kündigt ihre Mitgliedschaft in der Aqua-Magica-Gesellschaft**. Die Bewirtschaftung des Geländes und die Durchführung von Veranstaltungen auf dem Gelände soll in Perioden von ein, zwei oder drei Jahren **umschichtig und arbeitsteilig** in der **selbständigen Verantwortung der beiden Städte** durchgeführt werden. (D.h., in der Zeit der ersten Periode ist z.B. Löhne für die **VERANSTALTUNGEN** zuständig, derweil Bad Oeynhausen für die **GELÄNDEBEWIRTSCHAFTUNG** verantwortlich ist. In der nachfolgenden Periode wird die Verantwortlichkeit gewechselt.)  
**Der bürokratische Apparat der Gesellschaft kann entfallen**. Ferner können so die im GPA-Gutachten festgestellten **personellen Überkapazitäten** der Stadt Löhne in Teilen sinnvoll genutzt werden.
9. Der verwaltungsseitige Verzicht auf eine **mittel- und langfristige Schulstrukturplanung** führte zu Ergebnissen, wie sie auf dem Wittel zu beobachten waren: Als die Verwaltung initiativ wurde, kam nur noch die **Schließung des Witteler Schulstandortes** in Frage.  
Ähnliche Ergebnisse sollen bei der Hauptschule, Grundschule Mennighüffen-West, GS Halstern etc. vermieden werden. Deshalb ist es dringend erforderlich, **unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung ein geeignetes Schulstrukturkonzept** für die nächsten 10 Jahre vorzulegen. (Ein zukunftsgerichtetes Schulstrukturkonzept wurde bereits vor Jahren von der LBA angemahnt.)
10. Um den Löhner Bürgern **Klarheit** im Hinblick auf die **Verschiebung der Dichtigkeitsprüfung** zu bieten, wird im Hinblick auf die am 15.12.2010 beschlossene Entwässerungssatzung zu § 3 „Fristen für die Dichtigkeitsprüfung“ (Absatz 1, Zeile 3) folgendes beschlossen:  
**„Die erstmalige Dichtigkeitsprüfung für Straßen bzw. Straßenabschnitte nach Anlage 1, Nr. 1, wird bis zum Zeitpunkt der Vorlage der Rechtsverordnung Bund aufgeschoben.“** [zit. nach: Antrag der SPD-Fraktion vom 1.3.2011 zur Ratssitzung vom 16.3.2011]
11. *Im Hinblick auf die dringend notwendigen Einsparungen hat das **GPA-Gutachten eine Fülle von unterschiedlichsten Einsparungsmöglichkeiten** aufgezeigt, auf die die Verwaltung in einer Art „**Wagenburg-Mentalität**“, amtsübergreifend mit **unterschiedlichen Abwehr-***

***Begründungen** reagierte. Alternative Sparvorschläge wurden zwar zugesagt, jedoch nicht vorgestellt. Deshalb wird beantragt:*

Die Verwaltung wird aufgefordert, bis Ende April 2011 **Spar-Vorschläge in gleicher finanzieller Größenordnung wie beim GPA-Gutachten nachzureichen.**

12. Im Rahmen der vom Rat mehrheitlich beschlossenen Dichtigkeitsprüfung wurde auch beschlossen (WBL 15.12.2010), in den WBL 1,5 neue Stellen einzurichten. Aufgrund der veränderten Ratsbeschlussfassung vom 16. März '11 sind diese Positionen zu streichen.

***L - B - A . . . aus Liebe zu Löhne***